Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 311 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Familienblatt), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Jllustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Simon, Halle

Donnerstag, 21. Juni 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Eine neue Schlacht bei den Sieben Gemeinden

Von den Kampffronten

Berlin, 20. Juni. Während am 19. Juni an der Flandrischen Front Infanteriekämpfe auch weiterhin unterblieben, versuchten die Engländer einen neuen Angriff auf den Lens-Bogen. 3 Uhr nachmittags brachen nach kurzer heftiger Artillerievorbereitung starke Angriffswellen vor. Lediglich dicht nördlich des Souchez-Baches gelang ein Einbruch in geringer Breite in den vordersten Graben. Trotz des immer neuen Einsatzes sehr starker Kräfte bis in die Nacht hinein und eines gewaltigen Munitionsaufwandes gelang es den Engländern nicht, die Einbruchsstelle zu erweitern. Oestlich Croisilles wurden weitere 13 Gefangene eingebracht.

Am Hochberg, wo am 18. Juni ein kleines Stück des vorderen Grabens verloren gegangen war, vermochten sich die Franzosen nicht lange zu behaupten. Nachdem zwei heftige Angriffe zur Erweiterung ihres Gewinnes abgeschlagen waren, warf sie ein Gegenstoß deutscher Truppen wieder hinaus. Von den ursprünglich eroberten 400 Meter Graben verblieb ihnen lediglich nur noch eine vorspringende Sappe in einer Ausdehnung von 80 Metern.

An der Ostfront warfen drei Ententeflieger am 19. morgens Bomben auf ein Feldlazarett in Soveja nordöstlich Lezbiasarhely, das durch die Genfer Flagge deutlich gekennzeichnet war.

Die Rückkehr des Rittmeisters v. Richthofen von einem längeren Erholungsurlaub machte sich dadurch bemerkbar, daß er bereits am Tage seiner Rückkehr seinen 52. Gegner abschoß.

Amerikanische Sozialisten über Wilsons Kriegsgründe

Kopenhagen, 20. Juni. „Sozialdemokraten" meldet aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb, Reinstein und Davidowitsch erschienen gestern in der Sitzung des sozialdemokratischen Komitees. Sie haben, nachdem die amerikanische Regierung ihnen die Pässe verweigert hatte, unter dramatischen Umständen Amerika verlassen. Goldfarb führte eine schriftliche Erklärung der amerikanischen Socialist party mit, der größten der beiden amerikanischen sozialistischen Parteien. Reinstein erklärte gegenüber einem Mitarbeiter von „Politiken", daß die Großkapitalisten Amerikas die Kriegserklärung Wilsons verursacht hätten. Amerika werde zur Zeit von Morgan und Wallstreet regiert. Die Tochter Wilsons habe in diese Kreise hineingeheiratet. Wilson habe sich immer mehr von den Interessen der Kapitalisten leiten lassen. Eine Zeit lang habe man auch befürchtet, daß Rußland mit Deutschland einen Sonderfrieden abschließen und Amerika das bei den Alliierten als Waffenlieferant angebrachte Kapital verlieren würde, wenn Deutschland Sieger bleibt. Die Kapitalistensorgen hätten schließlich auf Wilson einen derartigen Druck ausgeübt, daß er das Land in den Krieg gestürzt habe. Die amerikanischen Sozialisten seien neutral. Sie wünschten einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen wäre.

Aus Griechenland

Athen, 20. Juni. (Reutermeldung.) Die Verhandlungen zwischen Zaimis und dem Venizelistenführer Repulis wegen Aufnahme eines oder zweier Venizelisten in das Kabinett haben begonnen. Die übrigen Minister haben sich verpflichtet, jedes von Zaimis getroffene Abkommen anzunehmen.

Athen, 20. Juni. Reutermeldung. Vom Peloponnes kommt die vorläufig noch unbestätigte Nachricht, daß General Populas sich geweigert habe, die neue Regierung anzuerkennen, und an die Errichtung einer eigenen Regierung für den Peloponnes denke.

Karlsruhe, 20. Juni. Nach Pariser Meldungen beraten die Alliierten über die Einsetzung einer provisorischen Leitung in Athen unter Leitung der Ententemächte.

Sie haben ihr Ziel erreicht

Bern, 20. Juni. Gestern abend fanden in Lugano Kundgebungen gegen den König von Griechenland statt, wobei es zu Tätlichkeiten gegen den König gekommen zu sein scheint. Der König mußte in ein Kaffeehaus flüchten und wurde von dort durch den Präfekten der Stadt unter Bedeckung von Soldaten und Polizeibeamten in das Palace-Hotel begleitet. Infolge der Unruhen ist ein Italiener verhaftet. Die Untersuchung ist im Gange.

Rußland gegen Venizelos

Stockholm, 20. Juni. Die russische Presse befaßt sich eingehend mit den Ereignissen in Griechenland, nimmt aber im Gegensatz zu England und Frankreich gegen Venizelos Stellung. Die Blätter bezeichnen ihn als politischen Clown, der nicht wieder das Ruder in die Hand bekommen dürfte. Sollte Venizelos wieder Ministerpräsident werden, so würde Rußland dagegen Einspruch erheben.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 19. Juni. An der Kaukasusfront wurde am linken Flügel ein Ueberfall, welchen der Feind in Stärke von 50 Mann versuchte, abgeschlagen. An der Sinaifront und am rechten Flügel zeitweise Artilleriefeuer. An den anderen Fronten keine Ereignisse.

Drei feindliche Flugzeuge von Seefliegern abgeschossen

Ein Torpedoboot versenkt

Berlin, 20. Juni. (Amtlich.) Vor der flandrischen Küste wurden am 19. Juni früh drei feindliche Flugzeuge von unseren Seefliegern abgeschossen. Ferner wurde nördlich von Dünkirchen ein Torpedomotorboot von unseren Vorpostenstreitkräften versenkt, die Besatzung gefangen genommen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 21. Juni, abends. (Amtlich.) Im Westen lebhafte Gefechtstätigkeit nur bei Vauxaillon, nördlich von Soissons.

Vom Osten nichts Neues.

An der Struma Vorpostenscharmützel.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 20. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz

Nach 24stündiger Artillerievorbereitung setzte gestern früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden der italienische Infanterieangriff ein, der namentlich am Nordflügel im Bereiche des Monte Forno und des Grenzkammes mit größtem Kräfteaufgebot geführt wird. Unsere Truppen brachten alle Anstürme des Feindes in siegreicher Abwehr zum Scheitern. Ein örtlicher Erfolg, der den Italienern im Gebiete der Cima Dieci einige hundert Schritt Raumgewinn eintrug, wurde durch Gegenangriff zum größten Teil wieder wettgemacht. Am Isonzo nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Französische Antwort auf die Friedensziel-Erklärung der deutschen Sozialdemokratie

Stockholm, 20. Juni. Im „Sozialdemokraten" läßt Branting den französischen Ministerpräsidenten Albert Thomas auf die Friedensziel-Erklärung der deutschen Sozialdemokraten antworten und empfiehlt dieses Schriftstück den Lesern besonders an. Thomas sagt darin, er glaube nie, daß die Verleugnung gemeinsamer sozialistischer Grundsätze so scharf hervortreten werde, wie es bei der deutschen Erklärung der Fall sei. Es wurde darin zwar von Beschützung der Völkerrechte und Aufsicht über die geheime Diplomatie gesprochen, aber was bedeute das, da Deutschland noch keine wirkliche konstitutionelle Regierungsform habe. Uebrigens findet Thomas, wenn man die Darlegungen der deutschen Mehrheit Punkt für Punkt lese, staune man immer mehr darüber, wieviel sie des unbewußten Imperialismus enthielten. Der Fall Elsaß-Lothringen könne nicht zwischen Deutschland und Frankreich entschieden werden und müsse der öffentlichen Meinung aller Länder unterbreitet werden. Er begreife nicht, wie deutsche Sozialdemokraten nach Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker sich noch auf Recht der Rasse und Sprache, die militärische Stärke und die Geschichte berufen könnten. — In der Frage nach der Teilnahme der Franzosen an der Stockholmer Konferenz war der Munitionsminister sehr zurückhaltend.

Bern, 20. Juni. Zur Sitzung des Sozialistenrates des Seine-Departements schreibt Bonnet Rouge, außer der Hauptforderung an die Kammergruppe, die Debatte über Stockholm wieder zu eröffnen, sei auch darauf bestanden worden, bei der französischen Regierung die Pässeerteilung für Stockholm durchzusetzen.

Das abgesperrte England

Kristiania, 20. Juni. „Morgenbladet" und „Tidens Tegn" melden aus Mandal, dortige Fischer erzählten, daß die Nordsee vor dem Skagerrak so gut wie ausgestorben sei. Ein Fischer gibt an, auf einer dreiwöchigen Fahrt in der Nordsee kein einziges Handelsschiff gesehen zu haben, dagegen sei er an einem Tage nicht weniger als sieben Unterseebooten begegnet.

Demokratisierung im Arbeitsverhältnis

Von Dr. Felix Kuh.

Eine doppelte Lehre hat uns der Krieg gegeben. Einmal zeigt er uns den unvergleichlichen Wert persönlicher Freiheit und verweist uns auf die Notwendigkeit weiterer freiheitlicher Entwicklung; das andere Mal hören wir die eiserne Mahnung, daß nur straffe Manneszucht, rücksichtslose Disziplin, pflichtgemäße Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze zum Ziele führen können. Gewiß, das deutsche Volk hat eine Reife an den Tag gelegt, insbesondere hat sich die Arbeiterschaft in einer Weise bewährt, daß unzweifelhaft auch weitgehende Ansprüche auf ein Mitraten und Mittaten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete berechtigt erscheinen. Andererseits müssen wir aus allen Erscheinungen auch der Volkswirtschaft den Schluß ziehen, daß es nirgends ohne eine feste Hand geht, mögen wir auf die Verwaltung der großen staatlichen oder städtischen Betriebe hinblicken, oder auch nur einen einzelnen Geschäftszweig, eine Fabrik oder Werkstatt ins Auge fassen.

Hier liegt ein Widerspruch vor, von dessen richtiger Lösung es abhängen wird, welchen Weg unsere ganze, politische und ökonomische Entwicklung nehmen wird. Wir laufen gegenwärtig Gefahr, die berechtigten Ansprüche auf eine Ausdehnung der Freiheit in unberechtigte zu verwandeln, indem wir auch dort die Schranken der Autorität niederzulegen beginnen, wo sie unentbehrlich sind. Das Gedeihen unserer Industrie, unseres Handwerks hängt schlechthin davon ab, daß in ihren Betrieben eine gerechte, aber vollkommene Disziplin herrscht; nicht mit Unrecht hat man daran erinnert, daß der viel verlästerte Militarismus, daß gerade die allgemeine Wehrpflicht mit ihrer straffen Erziehung sehr viel zu den Erfolgen beigetragen hat, deren sich das deutsche Gewerbe rühmen kann, weil hierdurch auch der Arbeiterschaft ein Geist eingeimpft wurde, wie ihn eben jedes Gemeinwesen braucht. Das Wort vom „Herrn im Hause" hat einen bösen Klang bekommen, die Agitatoren haben es gleichsam zum Schlachtruf gemacht, um gegen die „Ausbeuter" und „Scharfmacher" Sturm zu laufen. Wer aber unbefangen dieses Wort auf seinen wirklichen Sinn prüft, wird ohne weiteres zugestehen müssen, daß in ihm die eigentliche Grundlage jeder gemeinschaftlichen Arbeit gegeben ist. Man irrt sich auch sehr, wenn man annimmt, daß etwa die Arbeiterschaft selbst sich irgend wie des natürlichen und heilsamen Zwanges entledigen will; ach, nein, die gesunde deutsche Natur, die so prachtvolle Tugenden wie die Lehnstreue, wie die Gefolgschaft auf Leben und Tod hervorgebracht hat, läßt sich so rasch nicht kümmern.

Heute nun hat eine gewisse Richtung Oberwasser bekommen, die darauf abzielt, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft oder ihrer Vertretung in äußerst bedenklicher Weise zu vergrößern. Man will den Arbeiter sozusagen zum Mitchef erheben und hierzu werden die verschiedensten, direkten und indirekten Wege eingeschlagen. Die Taktik, die man verfolgt, ist sehr geschickt: man knüpft überall an Gedanken und Einrichtungen an, gegen die sich zunächst nichts einwenden läßt. Es ist durchaus richtig, daß jedes Unternehmen zu seinem Gedeihen einer zufriedenen, arbeitsfreudigen Arbeiterschaft bedarf und daß diese Zufriedenheit nur erhalten werden kann, wenn der Arbeiter wirklich das Gefühl hat, daß er, wie Werner Siemens einmal gesagt hat, in Geschäftsangelegenheiten „per wir" sprechen und denken kann. Ein gewisser Fabrikparlamentarismus ist also durchaus nicht von der Hand zu weisen, und jeder vernünftige Arbeitgeber wird sogar Einrichtungen treffen, die es dem Arbeiter ermöglichen, seine Wünsche, wohl auch neue Vorschläge und Anregungen, in geeigneter Form vorzubringen. Aber von diesem normalen Zustand ist zu der „konstitutionellen Fabrik", von der unsere jüngsten Volksbeglücker schwärmen, noch ein weiter Weg! Einzelne politische Heißsporne (Freese, Bosch und andere) haben sich das Verdienst erworben, durch praktische Versuche den Nachweis zu erbringen, daß eben solche Betriebsrepublik noch immer in das Reich der Träume gehört. Denn wohin führt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter? — Es ist klar, daß eigentlich kaufmännische und technische Angelegenheiten nicht in Betracht kommen können, hier liegt allein beim Arbeitgeber die Last und die Verantwortung. Bleiben übrig die allgemeinen Arbeitsbedingungen, Wohlfahrtsfragen und persönliche Dinge, nach dem Wunsch der Gewerkschaften wohl auch die Anstellung und Entlassung bestimmter Leute usw. Ganz hübsch hat den richtigen Interessenkreis der § 12 des Hilfsdienstgesetzes umschrieben, in dem er sagt, daß der Arbeiterausschuß Anträge, Wünsche und Beschwerden, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse und die Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern hat. Soweit, so gut! Aber gerade aus der Stellungnahme, die nun die sozial-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191706212-10/fragment/page=0001

demokratischen und sonstigen Kampfgewerkschaften zu diesen Ausschüssen einnehmen, erkennt man, daß ihnen mit diesem Ausmaß der Befugnisse bei weitem nicht gedient ist. Schon pflegen die Gewerkschaften bei Lohnbewegungen die Ausschüsse einfach bei Seite zu schieben, und überall bemüht man sich, durch Arbeitsgemeinschaften und andere paritätische Institutionen erhöhten Einfluß auf alle Betriebsangelegenheiten (Lehrlingswesen, Arbeitsvermittlung, Arbeitszeit, Arbeitsverteilung usw.) zu gewinnen. Und nun kommt diesen, auf die Einschränkung der notwendigen Autorität des Betriebsleiters gerichteten Bestrebungen eine sehr gefährliche Strömung von oben her, von der Regierung, von den Intellektuellen, von einem Teil der öffentlichen Meinung entgegen! Man will alle möglichen Aemter und Gesetze schaffen, die es dem Arbeiter erlauben sollen, sich kontrollierend und regulierend mit dem ganzen Betrieb zu befassen. Vornehmlich sollen alle Schranken fallen, die noch der sozialdemokratischen Agitation auf den Betriebsstätten im Wege standen; gegen den § 153 richten sich heftige Angriffe, und es sieht ganz so aus, als fehlte es an dem gehörigen Widerstand. Andere Sozialpolitiker stimmen das alte Loblied auf die Gewinnbeteiligung an, womit natürlich ebenfalls den Arbeitern ein neues Mitrederecht zufallen würde. Der Leipziger Professor Stieda befürwortet einen weiteren gesetzlichen Ausbau der Arbeiterausschüsse, und so geht es fort!

Man bedenke das Ende! Nur flüchtige Andeutungen konnten wir geben, aber schon diese dürften zeigen, daß man drauf und dran ist, das altbewährte System, das uns zur Höhe geführt hat, zu lockern und der demokratischen Hochflut Eingang auch in die einzelnen Betriebe zu gestatten. Greift aber somit die allgemeine Politik in das Privatleben über, so wird umgekehrt die Rückwirkung nicht ausbleiben; ist die Fabrik ein kleines Abbild des Staates, so wird die hier an höchste Ansprüche gewöhnte Arbeiterschaft auch dort mit immer neuen Forderungen hervortreten, eine Schraube ohne Ende und zuletzt das Schicksal, das nach dem Worte des griechischen Redners jede Massenherrschaft erleiden muß, indem die „Demokratie in Zuchtlosigkeit, die Freiheit in Gesetzlosigkeit, die Gleichheit in rücksichtslose Frechheit ausartet."

Die Teilung Belgiens in zwei Verwaltungsgebiete

Berlin, 21. Juni. Nachdem durch die Verordnung des Generalgouverneurs in Belgien vom 21. März 1917 Belgien in zwei Verwaltungsgebiete das flämische und das wallonische, zerlegt worden ist, von denen das erstere die Provinzen Antwerpen, Limburg, Ost- und Westflandern, sowie die Kreise Brüssel und Löwen, das wallonische die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur, sowie den Kreis Nivelle umfaßt, ist durch allerhöchste Ordre vom 14. Juni 1917 der großherzoglich badische Oberamtmann Schaibele zum Verwaltungschef für das flämische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Brüssel und der Präsident der Provinz Hennegau Königl. preußischer Landrat Haniel zum Verwaltungschef für das wallonische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Namur ernannt worden. Beiden Beamten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit der persönliche Rang der Räte erster Klasse verliehen.

Beim Generalgouverneur ist eine Zivilkanzlei eingesetzt und zu deren Leiter der Königl. preußische Landrat Freiherr v. Wilmowski in Merseburg berufen worden. Der für das gesamte Verwaltungsgebiet des Generalgouvernements Belgien bestellte Verwaltungschef Exzellenz v. Sandt wird bis zur völligen Durchführung der Verwaltungstrennung auf dem von ihm seit Anfang September 1914 bekleideten Posten verbleiben.

Kirchenverfassung und Verwaltungstrennung in Belgien

Brüssel, 20. Juni. Eine holländische Zeitung beschäftigt sich mit angeblichen Plänen einer Neueinteilung der Kirchensprengel in Belgien unter Zugrundelegung der vlämisch-wallonischen Sprachgrenze. Es kann festgestellt werden, daß die in Durchführung begriffene Verwaltungstrennung in Belgien die Kirchenverfassung unberührt läßt.

Die preußische Verwaltungsreform und die Städte

Unterstaatssekretär Drews, der Königliche Kommissar für die Vorbereitung der preußischen Verwaltungsreform, hatte den Vorstand des Preußischen Städtetages um Mitteilung seiner Wünsche zur Verwaltungsreform gebeten. Dieser hat darauf Leitsätze aufgestellt, in denen es heißt:

„Der Ausgangspunkt jeder Verwaltungsreform im Gebiet der Staatsaufsicht muß eine gesetzliche Festlegung dessen sein, was Staatsaufsicht über die Verwaltung der Städteangelegenheiten ist und zwar dahin, daß die Staatsaufsicht ausschließlich das Recht und die Pflicht bedeutet, darüber zu wachen, daß die städtische Verwaltung entsprechend den Gesetzen und rechtgültigen Verordnungen geführt wird, sowie dafür zu sorgen, daß etwaige Mißstände, die den geordneten Fortgang der Verwaltung gefährden, beseitigt werden. Ferner muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Staatsaufsicht nur über die Stadt als solche, vertreten durch ihren Vorstand, und nicht über einzelne Beamte oder Angestellte oder Einrichtungen geführt wird. Den städtischen Verwaltungen muß ferner eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen staatsaufsichtliche Anordnungen zugestanden werden." Ferner wird der Fortfall einer Reihe von staatlichen Genehmigungen gewünscht. „Einer völligen und grundlegenden Umgestaltung bedarf das Verhältnis von Staats- und Gemeindeverwaltung im Gebiet des Schulrechts. An der Stelle der jetzt auf diesem Gebiet nur so genannten Staatsaufsicht, die tatsächlich eine unmittelbare Verwaltungstätigkeit der Staatsbehörden bedeutet, muß mit Ausnahme der im einzelnen aufzuzählenden sogenannten „inneren Schulangelegenheiten" die Beschränkung auf eine wirkliche Staatsaufsicht treten. Besonders hervorgehoben sei, daß Schulen anderer Art, namentlich die Fortbildungsschulen, als reine städtische Verwaltungsanstalten hinsichtlich der „inneren Angelegenheiten" zu betrachten sind. Die Leitsätze des Preußischen Städtetages schlagen hierfür eine besondere gesetzliche Regelung vor. Zuschüsse des Staates zu gemeindlichen Verwaltungen sind in möglichst großem Umfange nach festen gesetzlichen Normen und nicht auf Grund nur verwaltungsmäßiger Entscheidung des Einzelfalles zu gewähren. Auch vom Standpunkt der Städte aus ist die Aufhebung der Bezirksregierungen und die Uebertragung ihrer Befugnisse auf die Oberpräsidien sehr erwünscht. Die kreisangehörigen Städte sind in ganz gleicher Weise wie die kreisfreien Städte unter die Aufsicht der Oberpräsidien zu stellen." Für die Reichshauptstadt Berlin ist die unmittelbare Unterstellung unter die Instanz der Ministerien angezeigt.

Oesterreich-Ungarns Kriegsziele

Wien, 20. Juni. Nach dem „Leipz. Tgbl." meldet die Wiener „Allg. Ztg." aus Lemberg: Die Lemberger „Gazeta Wieczorna" erhält von informierter Seite Mitteilungen über Kriegsziele Oesterreich-Ungarns. Die Annexion Polens werde abgelehnt. Oesterreich und Ungarn seien natürliche und wirtschaftliche sowie politische Freunde Polens. Die Sicherstellung des polnischen Staates liege im hervorragendsten Interesse der Monarchie. Die Provokationen Serbiens und die irredentistische Agitation in südslawischen Gebieten müssen aufhören. Im engen wirtschaftlichen Verband mit Oesterreich-Ungarn werde Serbien die Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung finden, dasselbe gelte von Montenegro, dem aber der Lowcen nicht zurückgegeben werde, da er den Besitz Cattaros und den Schiffahrtsweg nach Albanien beherrscht. Albanien müsse von Italiens Einfluß frei werden, das könne nur geschehen, wenn es unter österreichischer wirtschaftlicher und politischer Obhut bleibe. Die rumänische Frage sei identisch mit der Donaufrage. Der Donauweg müsse frei werden und es dürfe die Verbindung mit Bulgarien und der Türkei nicht durch eine fremde Macht unterbunden werden. Abtretungen an Italien seien ausgeschlossen, im Gegenteil, Oesterreich verlangt bessere militärische Grenzen gegen Italien. Südtirol und Trient dürfen nie mehr das Ziel italienischer Forderungen bilden.

Schweizer Kundgebungen zur Angelegenheit Hoffmann

Bern, 20. Juni. Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur. Dienstag abend beschloß eine Volksversammlung von ungefähr 15 000 Personen in Genf, eine Versammlung des Bundesrats zu verlangen, um Kommissare einzusetzen, welche die Verantwortlichkeit in der Angelegenheit Hoffmanns festsetzen sollen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Danach jedoch begaben sich Gruppen von Kundgebenden vor das deutsche Konsulat und versuchten, das Konsulatsschild herunterzureißen. Die Polizei schritt aber ein und nahm das Schild herunter, das auf dem Polizeiposten in Sicherheit gebracht wurde. Die Kundgebenden gingen dann vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo die Fenster eingeworfen wurden. Agenten und Polizisten langten in Kraftwagen an und zerstreuten rasch die Menge in der Umgebung des Konsulates. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Andere Kundgebungen fanden vor dem türkischen Konsulat statt. Die Gendarmen zogen blank, luden ihre Waffen und schossen einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende wurden leicht verwundet. 15 Personen im Alter von 16—18 Jahren wurden verhaftet.

Genf, 20. Juni. Die „Tribune de Geneve" fordert die Demission des gesamten Bundesrats, des Generalstabschefs und die Nachprüfung der Mandate dieser Behörden durch die Bundesvertreter. Heute abend ist in Genf eine große politische Versammlung angesetzt; alles Zeichen der gewaltigen Erregung der Westschweizer Bevölkerung.

Aus dem russischen Wirrwarr

Petersburg, 19. Juni. Meldung der Petersburger Tel.-Agentur. Die vorläufige Regierung hat beschlossen, die Versendung von Schecks ins Ausland und die Auszahlung in Rubeln in laufender Rechnung an russische Anstalten und Personen im Auslande zu untersagen. Der Finanzminister wurde ermächtigt, eine besondere Abteilung für ausländische Wertpapiere einzurichten. Alle Umsätze, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, dürfen nur durch Vermittlung der Kreditanstalten vollzogen werden, deren Liste vom Finanzministerium aufgestellt wird. Alle Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Geldbußen oder Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren bedroht.

Petersburg, 20. Juni. Reutermeldung. Truppen sind in die Geschäftsräume des Blattes „Russkaja Wolsa" eingedrungen und haben die Anarchisten gefangen genommen, die sich der Zeitung gewaltsam bemächtigt hatten.

Englands schwindende Unabhängigkeit

Washington, 20. Juni. Reutermeldung. Das Schatzamt hat England weitere 35 Millionen Dollars geliehen.

Frauenstimmrecht in England

London, 20. Juni. Unterhaus. Bei Besprechung der Wahlreformvorlage nahm das Haus mit 385 gegen 55 Stimmen den Grundsatz des Frauenstimmrechtes an.

Zur Nachahmung

London, 20. Juni. (Reutermeldung.) Amtlich wird gemeldet, daß der König anläßlich der Verhältnisse des gegenwärtigen Krieges es für wünschenswert erachtet, daß die Prinzen seiner Familie, die deutsche Namen und Titel tragen, auf diese Titel verzichten und von jetzt ab englische Beinamen annehmen sollen. Infolge dieses Entschlusses hat der König dem Herzog von Teck, dem Fürsten Alexander Teck, dem Prinzen Louis Battenberg und dem Prinzen Alexander Battenberg entsprechende englische Titel verliehen.

London, 20. Juni. (Reutermeldung.) Amtlich wird gemeldet, daß die Prinzessinnen Viktoria und Marie Luise von Schleswig-Holstein von jetzt ab Prinzessinnen Viktoria und Marie Luise genannt werden sollen. Außerdem haben auf Wunsch des Königs die Prinzessinnen der königlichen Familie, die den Titel Herzogin zu Sachsen tragen, diesen Titel aufgegeben.

Japan und Amerika in China

Stockholm, 20. Juni. Laut „Börsenzeitung" widmet die japanische Presse den Ereignissen in China die größte Aufmerksamkeit. Fast täglich finden Beratungen der Regierung unter der Teilnahme von Genros und des Marschalls Yamayata statt. „Nidjidi" empfiehlt die Lösung der Krisis dadurch, daß sich Südchina als Republik, Nordchina als Monarchie konstituiere.

Stockholm, 20. Juni. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio vom 12. Juni: Die japanische Presse erörtert in feindlichem Tone das Auftreten des amerikanischen Botschafters in Peking, der China geraten habe, die Frage des Kriegseintrittes bis zur Ordnung der inneren Angelegenheiten aufzuschieben. Amerikas Auftreten schade dem Ansehen Japans, das in China Privilegien besitze.

Einheitliche deutsche Jugendpolitik

Zu Beratungen über die Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Jugendpolitik waren Montag abend im Abgeordnetenhause zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen von Vereinen und Körperschaften versammelt. Der Vorsitzende Gesandter v. Eucken-Addenhausen wies auf die Wichtigkeit der Jugendarbeit hin. Der Einberufer der Versammlung, Wirkl. Geh. Admiralitätsrat Dr. Felisch, entwickelte seine Gedanken über die Notwendigkeit einer einheitlichen deutschen Jugendpolitik und eines Jugend-Reichsgesetzes — Forderungen, für die die Erfahrungen des Krieges einen starken Widerhall geschaffen hätten. Er stellte folgenden Antrag:

1. Zur Erhaltung unserer Volkskraft sind umfassende Maßnahmen für die Jugend nach den Richtlinien einer einheitlichen Jugendpolitik zu treffen.
2. Die zu diesem Zwecke sofort zu beginnenden gesetzgeberischen Vorarbeiten erheischen eine Zusammenstellung der geltenden, zurzeit unübersichtlich verstreuten Bestimmungen.
3. Ein großes, die Kriegserfahrungen verwertendes Jugend-Reichsgesetz ist in Aussicht zu nehmen.
4. Es wird ein Hauptausschuß eingesetzt, dessen Verstärkung durch die heute nicht vertretenen Groß-Berliner Vereinigungen anzustreben ist; bis zu deren endgültiger Bildung wird der vom Freiwilligen Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen gewählte „Ausschuß für Jugendpolitik" mit dem Schriftwechsel beauftragt. Der Hauptausschuß erhält die Aufgabe, sich den zuständigen Militär- und Zivilbehörden schon während des Krieges und für die Uebergangszeit zur Verfügung zu stellen, um sie zu entlasten und zu unterstützen und um dadurch planmäßig die Kräfte in den Dienst des Vaterlandes einzureihen, die den gemeinnützigen Organen der bürgerlichen Gesellschaft innewohnen. Eine Ausdehnung dieser Arbeit auf ganz Deutschland ist vorzubereiten."

In einer ausführlichen Besprechung wurden diese Vorschläge recht gründlich erwogen; allseitig unter Zustimmung des Zieles, mehrfach unter Abweichung in Einzelheiten. Nur einiges davon sei erwähnt. Abg. Geh. Ober-Reg.-Rat Wuermeling hatte Bedenken gegen das Verlangen eines Reichsgesetzes, da die Jugendgesetzgebung doch Landessache sei. Jedenfalls möge man dabei zurückhaltend sein. Pfarrer Baumert, als Vertreter des Berliner Ortsausschusses für kirchliche Jugendpflege, begrüßte vom Standpunkte der Kirche aus das Bestreben, alle Kräfte zu einheitlicher Stoßkraft zusammenzufassen. Prof. Dr. Brunner vom Berliner Polizeipräsidium erwähnte, daß schon jetzt diese Behörde vielfach mit Vereinen zusammenarbeite. Im Schlußworte nahm Wirkl. Geh. Adm.-Rat Dr. Felisch den Satz 3 seines Antrages zurück und sagte statt Jugendpolitik Jugendrecht, und statt Reichsgesetz wurde nur von Jugendgesetzgebung gesprochen. Diese und einige andere Aenderungen wurden angenommen, ebenso ein Antrag Wuermeling, der als einheitliche Grundlage der Jugendgesetzgebung in Deutschland fordert: Die Anerkennung der Eigenart der Jugendlichen gegenüber den Erwachsenen, als einheitliches Ziel: die Heranbildung des Jugendlichen zur selbstverantwortlichen Persönlichkeit guter deutscher Art.

Französischer Heeresbericht

vom 19. Juni nachmittags. In der Champagne ziemlich heftiger Artilleriekampf zwischen dem Blondberge und dem Cornillet-Berge. Ein starker deutscher Gegenangriff auf gestern von uns in dieser Gegend eroberte Stellungen scheiterte in unserem Feuer. Der Feind erlitt ernste Verluste und ließ neue Gefangene in unseren Händen.

Vom 19. Juni abends: Es ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden. Im übrigen ziemlich starke Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien in der Gegend von Craonne.

Orientbericht vom 18. Juni. Unsere Artillerie bekämpfte die feindliche Artillerie in der Gegend von Monastir. In Thessalien erreichten unsere Truppen den Furka-Paß im Othrys-Gebirge an der Südgrenze Thessaliens; sie halten wichtige Plätze besetzt. Eine beträchtliche Menge Waffen und Munition ist ihnen von der Bevölkerung ausgehändigt worden.

Belgischer Bericht. Die gewöhnliche Artillerietätigkeit, besonders stark während der Nacht am Fährhaus, bei Steenstraete und Het Saas.

Bericht aus Mazedonien vom 19. Juni: Infolge des Ausbrechens der um diese Jahreszeit auftretenden Malaria sind unsere Truppen östlich der Struma etwas zurückgezogen worden.

Englischer Heeresbericht

vom 19. Juni abends: Englische Abteilungen unternahmen nachts eine Streife gegen die feindlichen Stellungen südöstlich von Leveguier und in der Nähe der Straße Bapaume—Cambrai. Einige Feinde wurden getötet, Unterstände zerstört. Wir machten 11 Gefangene.

Vom 19. Juni: Unsere Truppen gewannen tagsüber etwas Boden südlich des Cojeul-Flusses und nördlich des Souchez-Baches, wo wir 35 Gefangene machten. Außer der schon gemeldeten Beute wurden östlich von Messines bei dem jüngsten Vorstoß dort vier Feldgeschütze erbeutet. — In der Nacht zum 15. sind sechs deutsche Flugzeuge in Luftkämpfen heruntergeholt worden, drei der unsrigen werden vermißt. Bomben sind auf ein feindliches Lager abgeworfen und haben eine Explosion hervorgerufen.

Russischer Heeresbericht

vom 19. Juni: Westfront und rumänische Front: Gewehrfeuer und Fliegertätigkeit.

Kaukasus-Front: Südwestlich Kalkit drangen unsere Erkundungsabteilungen, nachdem sie den Kalkitschbach überschritten hatten, durch die Drahtverhaue und griffen die Türken mit dem Bajonett an. Die Türken flohen und ließen Tote und Verwundete zurück.

In der Ostsee unternahmen am 15. Juni fünf Wasserflugzeuge zwei Streifen gegen die Flottenbasis im Rigaischen Meerbusen und warfen Bomben auf Artilleriescheppen, sowie auf der Reede befindliche Schiffe. Die Bomben trafen die Ziele nicht. Nur Bombensplitter verwundeten einige Matrosen. Die Angriffe der Flugzeuge wurden durch das energische Feuer der Kriegsschiffe und Landbatterien zurückgeschlagen. Trotz zahlreicher täglicher Angriffe der feindlichen Flugzeuge und der Hunderte von Bomben, die sie warfen, gelang es dem Feinde dort der glänzenden Tätigkeit der Artillerie der Kriegsschiffe und der Marinebatterien bisher nicht, Ergebnisse zu erzielen.

Italienischer Heeresbericht

vom 19. Juni: In der Nacht zum 17. Juni gelang es dem Feinde, in einen unserer kleinen vorgeschobenen Posten auf den Südostabhängen des Rombon einzudringen. Die Stellung wurde unter wirksamem Feuer unserer Batterien gehalten. Feindliche Abteilungen, die in derselben Nacht unsere Stellungen auf der Höhe 219 nordöstlich von Zamiano überraschend anzugreifen versuchten, wurden blutig zurückgeschlagen und ließen zehn Gefangene in unseren Händen. Gestern sehr lebhafte Artillerietätigkeit auf der Hochfläche von Asiago und solche von wechselnder Stärke an der Carnischen Front. Feindliche Angriffsversuche im Abschnitt des Kleinen Col Bricon wurden durch unser Feuer aufgehalten.

Cadorna.

König Nikita krank

Wien, 20. Juni. Der „Wiener Allgem. Ztg." wird aus Genf gemeldet, daß nach Pariser Berichten der Gesundheitszustand des Königs Nikita von Montenegro ernstlich gefährdet sei. Der König leide an hochgradiger Nervosität und starker seelischer Depression. Auf Anordnung der Aerzte begab er sich zum Kuraufenthalt nach Vichy.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191706212-10/fragment/page=0002

Von Bulgariens wirtschaftlichen Aussichten

In Bulgarien, dem Lande der kaltblütigen Erwägung und stillen Tatkraft, haben die Fachkreise rechtzeitig mitten im Kriege begonnen, die Mittel und Wege zur gesunden und raschen Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Lebens zu erörtern. In dieser Frage spielt die seit 37 Jahren bestehende Bulgarische Nationalbank selbstverständlich eine wichtige Rolle; sie ist ja eine ausgesprochene Staatsbank, die einerseits im Dienste des Fiskus, andererseits des Gesamthandels steht und sich auch nicht genötigt sieht, nach möglichst hohem Gewinn zu streben; sie arbeitet gelegentlich bewußt mit Verlust, wenn dies irgend einem Zweig wirtschaftlicher Betätigung des Landes Vorteil bringt. Mit der Summe von zwei Millionen Lewa begründet, die dann um zehn Millionen erhöht wurde, ist das Kapital der Bulgarischen Nationalbank infolge der tüchtigen Leitung auf zwanzig Millionen angewachsen, wozu noch sechsunddreißig Millionen an diversen Reserven kommen. Sie verfügt auch über etwa 250 Millionen Einlagen, die ihrem Wesen nach nur langsam, in kleinen Teilen behoben werden und derart eine erhebliche Verstärkung des Betriebskapitales bilden. Bei der hohen Bedeutung dieses Instituts für Bulgarien und die mit diesem in größerem Maße arbeitenden Länder des Auslands dürften die zusammengefaßten Aeußerungen des Bankgouverneurs Christo Schakaloff auf die an ihn gerichteten Fragen für diejenigen Auslandskreise von Interesse sein, die dem bulgarischen Wirtschaftsleben ihre Aufmerksamkeit widmen. Dieser Gouverneur war seit 1901 juristischer Beirat des Instituts und leitet es seit 1908. Seine Entwürfe über die Börsen, über den Hypothekenkredit, sowie über die Zentrale Kooperativbank wurden im Wortlaut zu Gesetzen. Er sagte:

„Während des Weltkrieges arbeitete die Bank einerseits für den Staat, indem sie ihm Vorschüsse in Banknoten auf das aus Berlin erhaltene Gold gab; sie finanzierte andererseits die Lieferungsgeschäfte, die unsere Kunden mit dem Staat und der Kriegsverwaltung abgeschlossen hatten; selbstverständlich wurde daneben das laufende Geschäft mit den Privatkunden weiter betrieben. Von der beim Friedensschluß fast sicher zu erwartenden Gebietserweiterung des Landes ist eine lebhafte Steigerung des gesamten Handelslebens, damit auch der Tätigkeit unserer Bank unbedingt zu erwarten. Die Effektenbörse in Sofia, die unmittelbar vor Ausbruch des Krieges eröffnet werden sollte, wird demnächst in Wirksamkeit treten. Wir haben mit einer ansehnlichen Vergrößerung der Landwirtschaft — Tabak, Getreide, Oliven, Rosen, Mohn usw. — in den am Aegaischen Meere liegenden Landstrichen zu rechnen, in vielen Hinsichten auch in der Dobrudscha und den von Serbien zurückgenommenen Gebieten — nämlich Mazedonien. Dies wird zu einem bedeutenden Binnenlandshandel führen, namentlich wird das Absatzgebiet der Textilindustrie und der Mühlen wesentlich erweitert sein, es werden endlich in den neuen Landesteilen neue Industrien entstehen.

Vom bulgarischen Standpunkt ist es wünschenswert, daß das Kapital aus den verbündeten Staaten uns bei den alten zu ergänzenden und vergrößernden, sowie bei den durch den Gebietszuwachs hervorgerufenen neuen vielfältigen Aufgaben in geeigneter Weise fördere und dies durch Entgegenkommen bei Staats- und Kommunalanleihen, sowie in der Form der Beteiligung an einheimischen Industrieunternehmungen. In Bezug auf diese würden wir das Kapital in Gestalt von Maschinen erwarten, es müßte auch das Fachwissen mitbringen, dessen wir zur industriellen Erziehung unseres Volkes bedürfen; damit hatten übrigens die Belgier seiner Zeit den Anfang gemacht. Zu bemerken ist hier noch, daß unser Industrieförderungsgesetz nicht so beschränkend wie etwa das rumänische ist.

In Mitteleuropa hat man die Befürchtung ausgesprochen, unsere Bestrebungen zur Hebung des in den Anfängen befindlichen Industriewesens könnten zu Reibungen mit den entsprechenden Interessen unserer Bundesgenossen führen. Ich teile diese Besorgnis nicht. Auf dem Weltmarkt können wir niemals als ihre Konkurrenten in den Wettbewerb treten. Wir stehen keine künstliche Industrie an, sondern nur eine solche, für die die Grundstoffe reichlich und zu billigen Preisen im Inland vorhanden sind. Man sagt, es werde uns an niederen Arbeitskräften fehlen. Ich hoffe, dies wird nicht der Fall sein. Es ist also nicht bloß meine Meinung, sondern auch die der meisten unserer Sachkundigen, daß der Gegensatz zwischen unserer naturgemäß beschränkten Industrie und der Großindustrie der Mittelmächte nicht denkbar ist.

Dem Kapitalmangel im ganzen Balkan entsprechend, ist unser Zinsfuß im Vergleich zu dem in den Zentralstaaten hoch. Aber wir hatten im Jahre 1912 gerade die Absicht, ihn von 6½ beziehungsweise 7 Prozent vorläufig um ½ Prozent und später weiter herabzusetzen, als der Ausbruch des Balkankrieges dies unmöglich machte.

Die hiesigen Niederlassungen ausländischer Banken können im allgemeinen, wenn sie sich streng an ihr Fach halten, nicht in größerem Maße arbeiten u. a. deshalb nicht, weil unser Handel und unsere Industrie langfristigen Kredits bedürfen, den die Ausländer nicht geben, vielleicht weil ihnen die Satzungen es nicht gestatten. Im übrigen beginnt das heimische Kapital sich zu regen. So wurden im Laufe von drei Monaten vor Ausbruch des Krieges mit bulgarischem Geld Industriegesellschaften und Banken mit zusammen 20 Millionen Lewa neugründet.

Im Eisenbahn- und Straßenbauwesen liegen große Projekte vor. Der Staat vergibt die auszuführenden Arbeiten in öffentlichem Wettbewerb; das hat sich bei allen jungen Staaten bewährt. Es sind keine Aussichten, daß wir in der Zukunft von diesem System abstehen werden. Selbst wenn Absichten zur Entwicklung des Schiffahrtswesens, namentlich auf der Donau, auftreten, worüber noch kein reifes Projekt vorliegt, wird sich der Staat zum mindesten das Recht einer nahen und unmittelbaren Aufsicht vorbehalten.

An Staatsmonopolen haben wir schon das für Salz gehabt, es wurde aber bald wieder abgeschafft. Für Tabak dürfte es beim Banderollensystem bleiben, das viel Vorteile hat; die öffentliche Meinung, sowie die Nationalökonomen würden sich auch gegen ein Tabakmonopol aussprechen. Im allgemeinen herrscht in fachverständigen Kreisen eine starke Strömung zugunsten des Staatsmonopolsystems wegen der Möglichkeit großer Einnahmen, die zur Deckung der durch die Kriege hervorgerufenen hohen Schulden mitwirken sollen.

Wie bereits gesagt, das Kapital aus den Zentralstaaten ist uns als Staats- und Kommunalanleihe und als Investierung unserer Industrie am willkommensten.

Die bulgarische Nationalbank, deren Umsatz sich im Jahre 1915 auf 8 Milliarden belief und für 1916 in der Bilanz mit 15 Milliarden figuriert, hat für 1916 einen Reingewinn von etwa 25 600 000 nachgewiesen. Annähernd 20 Millionen dieses ansehnlichen Betrages werden nach dem Vorschlag der Bank zum Grundkapital geschlagen, das man auf 50 Millionen zu erhöhen beabsichtigt, während die Reserven auf 25 Millionen gesteigert werden. Dieses Ziel dürfte binnen zwei bis drei Jahren erreicht werden. Die Geschäftsaussichten für das Jahr 1917 sind übrigens auch glänzend."

Wie in den meisten Hinsichten, so scheint also auch nach diesen Aeußerungen Bulgarien einer erfreulichen Zukunft entgegenzugehen.

Aus dem „Reichsanzeiger".

Berlin, 20. Juni. Wie der „Reichsanzeiger" meldet, wurde dem General der Infanterie von der Armee von Plüskow der Orden Pour le mérite und dem General der Infanterie von der Armee v. Deimling das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Schwertern verliehen.

Ferner veröffentlicht der „Reichsanzeiger" den Wortlaut der Bekanntmachung über Druckpapier vom 18. Juni 1917, welcher die am 1. Juni 1917 in Kraft tretenden Bestimmungen über die Verteilung von Druckpapier an die Zeitungen enthält.

„Beschlagnahme" und „Enteignung"

Bekanntlich werden zurzeit die verschiedensten Haushaltungsgegenstände — Hausmetalle, Deckel aus Zinn, Aluminiumgegenstände — zur Herstellung von Kriegsbedarf beschlagnahmt und demnächst enteignet. Die Beschlagnahme und Enteignung erstreckt sich neuerdings auch auf Glocken aus Bronze, Prospektspitzen aus Zinn und viele andere Sachen. Alle Betroffenen, d. h. alle Besitzer von für Heereszwecke — wenn auch erst nach entsprechender Verarbeitung — verwendbaren Gegenständen tun gut daran, die einschlägigen Verordnungen sorgfältig zu lesen; ganz besonders gilt dies für solche Personen, die der Ansicht sein sollten, der allgemein festgesetzte Uebernahmepreis sei gerade für die ihnen enteigneten Gegenstände zu niedrig, und die den Versuch machen wollen, durch Anrufung des Reichsschiedsgerichts für Kriegswirtschaft eine Erhöhung des Uebernahmepreises zu erreichen.

Bis jetzt herrscht jedoch offenbar auf diesem Gebiete noch eine große Unkenntnis. In zahlreichen Fällen zeigt sich, daß die Antragsteller entweder die Verordnung nur flüchtig gelesen oder aber nicht verstanden haben. Insbesondere scheint Unklarheit über die Begriffe „Beschlagnahme" und „Enteignung" zu herrschen. Diese Unklarheit kann den Antragstellern Schaden bringen; liefern sie z. B. — wie es überaus häufig geschieht — ihre Sachen an die Metallsammelstellen schon dann ab, sobald sie in der Zeitung gelesen haben, daß diese Gegenstände „beschlagnahmt" seien, so müssen sie damit rechnen, daß ihr Antrag auf Festsetzung des Uebernahmepreises durch das Reichsschiedsgericht von vornherein zurückgewiesen wird, da dieses erst dann zuständig wird, wenn die Gegenstände „enteignet" worden sind. Die „Beschlagnahme" entzieht den Eigentümern nur das Verfügungsrecht über ihr Eigentum; erst die „Enteignung" überträgt dieses Eigentum auf den Reichsmilitärfiskus.

Die Enteignung kann auf zweierlei Art erfolgen: entweder durch eine besondere, an jeden einzelnen Besitzer von der Kommunalbehörde gerichtete „Enteignungsanordnung"; oder aber durch eine von dieser Behörde zu erlassende „öffentliche Bekanntmachung". In der „Enteignungsanordnung" bzw. in der öffentlichen Bekanntmachung", — die keinesfalls mit der Bekanntmachung, durch welche die Beschlagnahme angeordnet worden ist, zu verwechseln ist — wird für jeden Besitzer der Zeitpunkt festgestellt, an dem er die in Betracht kommenden Gegenstände abzuliefern hat.

Natürlich wird die Ablieferung an vielen Orten auch früher erfolgen können; dann gilt sie aber als „freiwillige"; und die Folge ist, daß sich der Ablieferer mit dem allgemein gebotenen Uebernahmepreis zu begnügen hat. Will aber jemand das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft anrufen, so ist es zweckmäßig, daß er seinem Gesuche gleich die ihm zugegangene Enteignungsverordnung oder aber ein Exemplar der öffentlichen Enteignungsbekanntmachung beifügt. Ferner ist die Beifügung der Quittung der Metallsammelstelle erforderlich, auf deren Ausstellung jeder, der das Reichsschiedsgericht anrufen will, bestehen muß. Gänzlich überflüssig ist hingegen die Beifügung von Mustern. Sind Muster notwendig, so werden sie von dem Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft unmittelbar eingezogen.

Vermischtes

Eisenbahnunfall.

Brandenburg, 20. Juni. (Amtlich.) Der Eilgüterzug 6040 fuhr gestern nacht infolge Ueberfahrens des Einfahrsignals auf Bahnhof Gerwisch auf eine Rangierabteilung, wobei drei Lokomotiven und fünf Wagen entgleisten. Der Lokomotivführer und Heizer des Eilgüterzuges wurden getötet. Die Hauptgleise sind voraussichtlich bis heute abend gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Schnellzüge werden über Güterglück umgeleitet.

(Nachdruck verboten.)

Weltenwende

41] Roman von Horst Bodemer.

Es war unterdessen Abend geworden. Roffens ritt die fünfzehn Kilometer nach dem Hauptquartier zurück. So hart hatte der Krieg bisher nie an sein Herz gegriffen. Ivens Heldentod berührte ihn persönlich. . . . Aber was waren das jetzt für Gedanken? Jetzt galt es die Gräfin zu benachrichtigen und Exzellenz zu bitten, daß er die Leiche zum Abtransport frei gab! Und irgendwie aus Königsberg einen Zinnsarg kommen zu lassen! . . . Da trabte er schärfer zu, und als er sich vorm Hauptquartier aus dem Sattel schwang, war er wieder der kluge, gelassene, umsichtige Mann. . . .

Als, vier Tage später, der alte Herr von Strahlentin mit der Gräfin Iven im Automobil ankam, waren die sterblichen Reste des Grafen schon in einen Zinnsarg gebettet. Die Gräfin, totenbleich, aber gefaßt, reichte ihm in stummen Danke die Hand. Er sagte auch nichts. Und der alte Graf, schwer auf seinen Stock gestützt, sah mit finsterem Gesicht hinüber nach Rußland.

Da trat Roffen an ihn heran.

„Ich hab noch eine Bitte, Herr von Strahlentin! Hier im Feldlazarett liegt der junge Graf Kayserberg: die Hand ist ihm abgehauen worden. Viel Blutverlust, er ist noch recht schwach. Wenn Sie ihn, — um Ihres Sohnes willen, — mitnehmen würden, in Ihr Hilfslazarett!"

„Wenn man mir's gestattet!"

„Ich wollte nicht fragen", erwiderte Roffen.

„Wir haben Ihnen zu danken, daß Sie das erreicht haben!" Er blickte auf den Zinnsarg! . . . „Iven war ein prächtiger Mensch!" Und dann richtete sich der alte Herr von Strahlentin auf. „Die Besten sind gerade gut genug für das Vaterland zu sterben! Das soll unser Trost sein! . . . Aber wenn Sie glauben, daß ich's mit einer Bitte beim Armeeoberkommando doch vielleicht erreichen kann, will ich's versuchen!"

„Man würde die Bitte jedenfalls begreiflich finden, wenn Sie sich zu einer Andeutung verstehen würden, die Herren werden schon Verständnis haben — und natürlich schweigen!"

„Ja, dann!" . . .

Erst sträubte man sich, schließlich willigte man ein, nachdem Herr von Strahlentin die Versicherung abgegeben, daß der Graf Kayserberg sobald seine Wunde vernarbt, sofort unter Aufsicht dem stellvertretenden Generalkommando des zweiten Armeekorps in Stettin als Kriegsgefangener zugeführt werde. . . .

Der Graf mußte in's geschlossene Automobil gehoben werden, so schwach war er noch. Vorn neben dem Chauffeur stand der Zinnsarg. Herr von Strahlentin und die Gräfin Iven reichten noch einmal Roffen die Hand. Der schloß dann den Schlag, winkte Kayserberg noch einmal freundlich zu.

In den Herbsttag fuhr das Automobil hinein. Trauer und Hoffnung nahm es mit sich.

Wenn einst der Frieden kam! Wann kam der? . . . Keiner vermochte es zu sagen. Und was stand dann von deutschen Männern noch gerade auf den Beinen? . . . Die Weltenwende hatte ja erst mit einem Fußtritt die Tür aufgeschmettert! Was sie noch alles in Stücke schlug, das ließ sich gar nicht ausdenken! . . .

Da atmete Roffen tief die herbe Herbstluft ein, kalt kam sie von Rußland her. Und dann ging er in sein Zimmer, um Strahlentin Bericht von dem zu erstatten, was sich heute zugetragen.

*

Walter Strahlentin saß, den Kopf in die Hände gestützt, es war Abend, vor Roffens letztem Brief. Also der gute Iven war von seinem Vater und Grete nach Pommern überführt worden. Und Kayserbergs hatten sie mitnehmen dürfen. Der Freund brachte aber auch alles fertig! Es fielen so furchtbar viele, dieser Krieg forderte Blutopfer, von einer Größe, wie er doch nicht geglaubt. Die Erkenntnis war ihm aufgegangen, daß man dem Kaiser unrecht getan, als man, unter sich, über die Friedensliebe des Allerhöchsten Herrn in kaum verhaltenem Unwillen geredet. Aber als er zur Notwendigkeit geworden war, da zeigte sich, daß alles geschehen war, was in Menschenkräften gestanden, um den Kampf um Sein oder Nichtsein siegreich zu Ende führen zu können. Ostpreußen war wieder frei vom Feinde, in den Masuren und im Südwesten standen ja noch französische Truppen, aber die wurden bort ihres Lebens nicht froh. Von Tag zu Tag drängte man sie weiter nach der Grenze. Dafür standen Millionen deutsche Krieger auf feindlichem Gebiet! . . . Und trotzdem ging man gerade jetzt ernsten Tagen entgegen. Der ganze deutsche rechte Flügel, drei große Heere, die in stürmischen Tatendrang bis nahe an Paris gekommen waren, mußten zurückgenommen werden. Da würde es sich zeigen, ob die oft verspottete deutsche Disziplin, die Fähigkeit der Führer, ein Lösen vom Feinde fertig brachten, ohne daß Riesenverluste eintraten! . . . Seit gestern nacht war er unterwegs gewesen und erst vor einer halben Stunde zurückgekehrt. Achtzehn Stunden hatte er im Sattel oder im rasend dahinsausenden Automobil verbracht. Jeden Augenblick gewärtig, über den Haufen geschossen zu werden. Eines seiner Pferde hatte heute dran glauben müssen, ein Granatsplitter hatte ihm den ganzen Bauch aufgerissen. Noch klebte das Blut des edlen Tieres an seinen Reitstiefeln. Aber er hatte alle Aufträge durchführen können, die ihn bis vor zur Kavallerie geführt hatten, die telephonisch mit dem Oberkommando nicht in Verbindung stand. Und wie ihm, war es wohl manchem anderen Ordonanzoffizier gegangen; die da vorn hatten die Befehle erst gar nicht glauben wollen . . . Nun, nun, es war noch lange nicht aller Tage Abend, aber wenn es im siegreichen Vorgehen plötzlich heißt: Kehrt schwenkt marsch! so war das bitterhart! . . . Und vorhin hatte er erfahren, daß die Schlacht bei Chalons zwar siegreich gewesen, aber ungeheure Opfer gekostet. Die Garde hatte schließlich den Sieg an sich gerissen! Und doch sollten nun auch von dort die Truppen zurückgezogen werden. Aus höheren Rücksichten! Das sah er ein, es mußte sein. Die deutschen Heerführer waren sehr vorsichtig und opferten nicht mehr deutsches Blut, als unbedingt nötig war! . . . Aber da mußte er vorläufig eine Hoffnung begraben! Im Armeeoberkommando wußte man ganz genau, wo die einzelnen Truppen standen. Mit Fähnchen waren die Orte besteckt, die vor der eigentlichen Schlachtfront besetzt waren. Immer war sein Blick zuerst auf den Namen Sulpyes gefallen, zwischen Chalons und Reims. Von Tag zu Tag näherten sich die deutschen Vortruppen mehr diesem Ort. Da war sein ganzes Sinnen darauf gerichtet gewesen, wie es wohl möglich gemacht werden konnte, daß er sich selbst überzeugte, ob Désirée noch in der Heimat war. Und nun brach sein Hoffen zusammen. Reims sollte sogar geräumt werden. Weil man den Argonnenwald, Verdun, die befestigte Maaslinie nicht so schnell zwingen konnte. Die Franzosen hatten sie jahrzehntelang zu einer riesigen Festung ausgebaut, alle Durchbruchsversuche waren gescheitert. Deshalb hatte der deutsche rechte Flügel zurückgehen müssen. Nach den ersten, schweren Schlägen hatten die Franzosen ihre alte, kriegerische Kraft wieder gefunden. Was bisher geschehen, war nur das Vorspiel gewesen, nun begann ein ungeheures Ringen, das Ströme von Blut kosten würde. Und wenn es auch keinen deutschen Soldaten gab, der an dem Sieg zweifelte, in ein paar Tagen würde man keinen Siegeslorbeer pflücken! . . . Hinter dieser waffenstarrenden Front wohnte Désirée Kayserberg! Wahrscheinlich wenigstens! Denn sie hatte ihm ja versprochen, wenn es irgend möglich war, auf ihrem Schlosse in der Champagne auszuharren! . . . Wenn er doch ein Flieger wäre, da hätte er aus der Höhe sich das Haus, das sein Liebstes barg, ansehen können, vielleicht sich tief herablassen und ein Briefchen auf den Hof flattern lassen können, dessen Inhalt nur für sie verständlich war und der ihr doch das Rückrad gestärkt hätte.

Da trappten Schritte auf der Holztreppe in dem kleinen Häuschen, in dem er nun schon seit zehn Tagen wohnte. Sollte er nun schon wieder geholt werden, um an die vorderste Front zu reiten oder im Automobil loszufahren? Zum umsinken müde fühlte er sich. Auf das Bett hatte er sich schon gefreut! Wie gut er's doch hatte. Wer verfügte denn in solchen Tagen über ein Bett? Die meisten lagen draußen in den Schützengräben oder auf Stroh in Scheunen, oder unter freiem Himmel.

Falling betrat das Zimmer, über und über bestaubt, Nußflecken im Gesicht.

„Guten Abend, Strahlentin! Sie sind mir mal einer!" Auf den zweiten, recht wackligen Stuhl setzte er sich, streckte die Beine aus, hielt die Faust vor den Mund und gähnte fürchterlich. „Was ein Mensch bloß aushalten kann, wenn es sein muß! Ein Bett, welche Wonne, das teile ich dann auf ein paar Stunden mit Ihnen, hab mir's redlich verdient und bring allerlei Neuigkeiten für Sie mit! Dachte nicht, daß ich die so schnell los werden würde. Man möchte fast an einen Wink von hoch oben über den Sternen glauben!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191706212-10/fragment/page=0003

Kriegspatenschaft

Die Kriegspatenschaft ist ein unmittelbarer Zweig der sozialen Kriegshinterbliebenenfürsorge. Im Anfang bedeutete Kriegspatenschaft die Fürsorge für den im Kriege geborenen Säugling und dessen Mutter. So wie es in der alten Sitte der Patenschaft zum Ausdruck kommt, entstand eine Teilnahme am Geschick dieser Kriegskinder, deren Verpflichtung nicht mit Geld allein abgetan werden konnte, sondern ein persönliches Verhältnis, eine unmittelbare Beziehung einer bestimmten hilfsbereiten Person zu einem hilfsbedürftigen Kriegskinde oder Kriegswaise zur Voraussetzung hatte.

Diese etwas einseitige Form der Kriegspatenschaft für ein während des Krieges geborenes Kind ist neuerdings durch den Reichsverband für Kriegspatenschaften (Berlin, Münchener Str. 49) zu einer allgemeinen Fürsorge für Kriegerkinder, insbesondere Kriegswaisenkinder, ausgebaut worden. Schirmherr dieses Reichsverbandes ist der preußische Kriegsminister, Vorsitzender Generalmajor Freiherr v. Langermann und Erlencamp, Direktor des Justiz- und Versorgungsdepartements im Kriegsministerium. Der Zentralausschuß des Reichsverbandes für Kriegspatenschaften setzt sich aus Vertretern der obersten Reichs- und Staatsbehörden sowie aus Personen zusammen, die auf sozialpolitischem Gebiete erfahren sind; im Zentralausschuß ist auch der Vorstand des Kriegerbundes vertreten. Der Zentralausschuß wählt den Vorstand. Knapp und treffend ist der Reichsverband seine Aufgabe und Bedeutung in einem Aufruf wie folgt zusammengefaßt: „Kriegspatenschaft will den gefallenen Vater durch persönliche Fürsorge des Kriegspaten für die Kriegerwaise ersetzen; wo dies nicht möglich ist, tritt Geldhilfe an die Stelle. Kriegspatenschaft ist vaterländischer Dienst an gesundem, tüchtigem Nachwuchs und damit Dienst am Gemeinwohl, für Reich und Staat. Kriegspatenschaft wurzelt in dem unauslöschlichen Dank, der den für die Rettung des Vaterlandes gefallenen Vätern der Kriegerwaisen gebührt. Kriegspatenschaft bringt Trost und Zuversicht für alle zum Schutz von Heim und Herd auf der Wacht stehenden Väter, die sich um ihre Kinder sorgen."

Von dem Gebiete der Kriegspatenschaft ausgehend, war es nur ein Schritt zu einer ausgedehnteren Form der Fürsorge für die verwaisten Kinder der Kriegsteilnehmer, zur Kriegspatenversicherung. Die Kriegspatenversicherung kann als eine Abart einer schon längst bekannten und bewährten Versicherungsform, der Aussteuerversicherung angesehen werden. Knaben wie Mädchen sollen durch ein kleines Kapital, das nach Beendigung der Schulzeit oder bei Mündigkeit zahlbar ist, die Möglichkeit haben, ein Gewerbe zu erlernen, sich für einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Beruf vorzubereiten, den Mädchen eine Aussteuer zu schaffen und anderes mehr. Der die vorddeutschen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen umfassende Deutsche Kriegerbund hat bereits eine Kriegspatenversicherung bei seiner Lebensversicherungsanstalt und Sterbekasse, Abteilung der „Friedrich Wilhelm" Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft eingeführt. Dasselbe haben der Königlich Bayerische Veteranen- und Kriegerbund und die Kriegerkameradschaft „Hafia" getan.

Ueberall sind vielversprechende Anfänge gemacht. Oertliche Fürsorgestellen, die in engster Zusammenarbeit mit den zuständigen Jugendfürsorgeorganisationen stehen, haben die Auswahl der Kriegspatenkinder zu treffen, sowie die Regelung mit den Kriegspaten zu übernehmen. Die persönliche Fühlungnahme, der Anteil an dem Kinde, seine Erziehung und Pflege bilden die Hauptaufgabe des Kriegspaten, nur in Ausnahmefällen kann der Kriegspate die Fürsorge für das Kind der Fürsorgestelle überlassen und durch ausgleichliche Geldbeiträge zeigen. Ganz besonders sehen es die Kriegervereine als ihre Ehrenpflicht an, daß jeder Kriegswaise eines Vereinskameraden ein Kriegspate zur Seite steht, der dem verlassenen Kinde den Vater nach Möglichkeit ersetzt. Soweit es möglich ist, werden die Kriegervereine sich auch der Waisen von Nicht-Vereinskameraden ihres Wohnortes annehmen, letzteres im Einvernehmen mit den örtlichen amtlichen Fürsorgestellen. So ist zu hoffen, daß kein Kind, dessen Vater draußen kämpfte und starb, unversorgt im weiteren Leben ist, daß es den seiner sozialen Stellung und seiner Eignung entsprechenden Beruf findet und seinen Lebensweg unter sozialer Leitung seiner Mutter, Familie und Kriegspaten geht. Inmitten des fürsterlichen Ringens — Wiedererstarkung, der Frühling unseres Volkes besitzt, geschirmt und geleitet: das ist die Aufgabe der Kriegspatenschaft.

Kriegslieferungen

Die Kommission zur Prüfung der Verträge über Kriegslieferungen trat am 19. Juni, vormittags 11 Uhr, unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors im Reichsamt des Innern Dr. Lewald im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Ein Vertreter des Reichsamts des Innern machte zunächst Mitteilung von mehreren an die Kommission gerichteten Eingaben und dem Ergebnis der über ihren Inhalt angestellten Ermittelungen. Sodann wurden durch Vertreter des Kriegsministeriums verschiedene, von Mitgliedern der Kommission gestellte Anfragen beantwortet, die sich besonders auf das Gebiet der Waffen- und Munitionsbeschaffung und des Luftfahrwesens bezogen. Hierbei kamen auch die erheblichen Gewinne großer, fast ausschließlich mit Heereslieferungen beschäftigten Gesellschaften zur Erörterung, wie sie sich aus ihren Jahresabschlüssen ergeben. Eine nochmalige Nachprüfung der den Gesellschaften für Heereslieferungen gezahlten Preise wurde dringend befürwortet. Hieran anschließend machten Vertreter des Kriegsministeriums Ausführungen über die „Grundsätze für die Beschaffung von Verpflegungsmitteln für Mann und Pferd". An diese knüpfte sich eine längere Besprechung, bei der die meisten der der Kommission angehörigen Mitglieder des Reichstages zu Worte kamen. Mit Rücksicht darauf, daß sich das von der Heeresverwaltung im Kriege in weitgehendem Maße durchgeführte Ausschlachten von Vieh im eigenen Betriebe sehr bewährt hat, wurde von verschiedenen Mitgliedern der Kommission der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es sich im Interesse der guten Verpflegung der Truppen und aus fiskalischen Gründen empfehlen möchte, das Verfahren für große Standorte auch im Frieden beizubehalten. Die Art und Güte der Verpflegung der Mannschaften und die hierüber bestehende Kontrolle gaben ferner zu längerer Aussprache Anlaß. Sodann folgte ein Vortrag über die Beschaffung der Mittel auf dem Gebiete des Sanitätswesens, an dessen Schluß der Vertreter des Kriegsministeriums mitteilte, daß der Gesundheitszustand des Heeres andauernd ein guter sei. Epidemien sind, abgesehen von der ersten Zeit, in der die Truppen in verseuchtes Gebiet einmarschieren mußten, so gut wie nicht vorgekommen. Die ansteckenden Krankheiten haben dank den gesundheitlichen Maßnahmen immer mehr abgenommen. Das Ergebnis der Behandlung der erkrankten und verwundeten Soldaten ist ein sehr günstiges. Von 100 Mann des Feldheeres, die draußen oder in der Heimat ärztlich behandelt sind, sind 91,8 wieder dienstfähig geworden, davon für die Front, nur 6,4 mußten als dienstunbrauchbar entlassen werden. Von diesen Mitteilungen nahm die Kommission mit großer Befriedigung Kenntnis.

Ernennungen in Frankreich

Paris, 20. Juni. Bei den Erörterungen über die Lebensmittelversorgung kündigte Ribot in der Kammer die Ernennung des jetzigen Unterstaatssekretärs im Munitionsministerium Loucheur zum Unterstaatssekretär für Lebensmittelversorgung an.

Paris, 19. Juni. Der „Temps" meldet: Admiral Merveilleux Duvignaux wurde zum Direktor der Abteilung Unterseebootkrieg ernannt.

Provinz Sachsen und Umgebung

Aus Landes- und Stadtparlamenten

Verbandstagungen — Wahlen

— **Delitzsch,** 20. Juni. (Kreiskriegerverbandstag.) Der Frühjahrsabgeordnetentag des Kreiskriegerverbandes Delitzsch wurde am Sonntag in Delitzsch abgehalten und von seinem Vorsitzenden, Major d. L. a. D. Dr. Kunze (Delitzsch), geleitet; er war von 86 Abgeordneten besucht, die 48 Vereine vertraten, 29 Vereine waren unvertreten. Der Verband zählt zur Zeit 72 Vereine mit 3867 Mitgliedern und 98 Ehrenmitgliedern. Davon sind 1686 zum Heeresdienst einberufen. Nach dem Kassenbericht standen den Einnahmen in Höhe von 2890,20 Mk. Ausgaben in Höhe von 2884,94 Mk. gegenüber, so daß noch ein Bestand von 55,26 Mk. vorhanden ist. Außerdem besitzt der Verband ein Gesamtvermögen von 18366,74 Mk., das zum größeren Teil in Kriegsanleihen und zum kleineren Teil auf der Sparkasse angelegt ist. Aus den in einer Zahl von 1022 verkauften Jahrbüchern ist der Verbandskasse ein Betrag von 70,25 Mk. zugeflossen. Nach Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten brachte Oberstleutnant Schibe (Cemsel) das Kaiserhoch nach einer längeren Ansprache aus. Dann hielt Seminardirektor Bär (Delitzsch) einen sehr beachtenswerten Vortrag, dem er die Ueberschrift „Der Frieden!" gab. In über einstündigen, überaus fesselnden Ausführungen behandelte er dies Thema unter dem Gesichtswinkel der Lehren der Geschichte. Es geht um Deutschlands Weltgeltung! Nach Osten sowohl als auch nach Westen müssen wir Raum gewinnen, ebenso ein zusammenhängendes Kolonialreich erhalten, das deutscher Tatkraft und deutschem Streben reichlich Gelegenheit zur Betätigung bietet. Den Frieden schafft nur die Kraft des Stärkeren, die auch den entscheidenden Sieg herbeiführt. Die Gedanken und Lehren der Geschichte müssen letzten Endes die leitenden Ideen bei den künftigen Friedensgestaltungen sein. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden, der den Wunsch nach einem baldigen, für uns siegreichen Frieden zum Ausdruck brachte, fand die Beratung ihren Abschluß.

Kirche, Schule, Jubiläen, Ernennungen

‡ **Petersberg,** 20. Juni. (Missionsfest.) Am nächsten Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, wird das herkömmliche Missionsfest hier auch in diesem Jahre abgehalten werden. Als Redner sind die Herren Pastor Walter-Jörbig und Pastor Meiner-Petersdorf gewonnen. Der letztere hat lange Jahre im Dienste der Berliner Mission in China gearbeitet und natürlich auch die Gestaltung der dortigen Verhältnisse während des Weltkriegs mit Sachkenntnis verfolgt. Aus der Lagerstube des Berliner Missionshauses sind wieder eine große Anzahl schöner Handarbeiten zum Verkauf zur Verfügung gestellt worden.

Lebens- und Genußmittelfragen

× **Merseburg,** 19. Juni. (Die Lebensmittelversorgung) geht hier erfreulich weiter. Besonders gilt das bezüglich der Abgabe von Eiern, die bisher allerdings zu einer Seltenheit gehörten. Dieser Tage gibt es nun erstmals wieder frische Landeier. Außerdem ist es der Lebensmittelstelle gelungen, 40000 Stück Auslandseier zu erwerben, die zu 34 Pfg. das Stück abgegeben werden sollen. Die Eierabgabe dürfte nunmehr regelmäßig erfolgen können.

Krankheiten, Unglücks- und Todesfälle

— **Hettstedt,** 20. Juni. (Leichenfund im Schwimmbade.) Im Schwimmbade wurde die Leiche eines jungen etwa 20jährigen Menschen aufgefunden. Die Kleider und ein Strohhut lagen am Rande des Schwimmbeckens. Da die Badeanstalt zugeschlossen vorgefunden wurde, muß der junge Mensch durch Ueberspringen widerrechtlich eingedrungen sein. Der traurige Fall mag zur dringenden Warnung dienen. Man sollte überhaupt nie allein zum Baden gehen, viel weniger unberechtigt in Anstalten eindringen, die zwecks Sicherung gegen Unglücksfälle eingerichtet und unter Aufsicht gestellt sind. Der Pächter der Badeanstalt wird gerade in diesen heißen Tagen durch den Vorfall schwer geschädigt. Der Unglücksfall ist heute vormittag gerichtlich gemeldet, die Persönlichkeit des Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

— **Helbra,** 20. Juni. (Vom Tode des Ertrinkens gerettet.) Auf „Bad Anna" wäre vorige Woche die erwachsene Tochter des Kaufmanns D. bald zu Tode gekommen. In Begleitung einiger Freundinnen durchschwamm dieselbe eine größere Strecke und noch kurz vorm Ziel verlagten plötzlich die Kräfte ihren Dienst, die Schwimmerin wurde ohnmächtig und versank, wobei sie in Schlingengewächse geriet. Auf die Hilferufe der Begleiterinnen wurden andere Badegäste hierauf aufmerksam und befreiten die Bewußtlose aus ihrer gefährlichen Lage; hierbei tat sich besonders ein auf Urlaub befindlicher Feldgrauer, der Gefreite im 11. Pionier-Bataillon Heinrich Kellner, Sohn des Bergmanns Heinrich Kellner hier, hervor. Ans Ufer gebracht, hatten die angestellten Wiederbelebungsversuche auch Erfolg.

— **Eisleben,** 20. Juni. (Vermißt.) Der zehn Jahre alte Knabe Kurt Kube entfernte sich am 14. d. Mts. unter Mitnahme von zwei Mark heimlich aus der elterlichen Wohnung. Er ist bis jetzt dorthin nicht zurückgekehrt. Bei seinem Weggange war er bekleidet mit einem blauweißen Waschanzug, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen. Wer über den Aufenthalt des Knaben etwas angugeben vermag, wolle dies bei der hiesigen Polizei melden.

Diebstähle und andere Straftaten

× **Merseburg,** 19. Juni. (Wie Vandalen gehaust) haben unbekannte rohe Buben an den Kirschbäumen der Gemeinde Atzendorf, die sie mutwillig schwer beschädigten. Für Ermittelung der Täter hat die Gemeinde 10 Mk. Belohnung ausgesetzt.

— **Rudolstadt,** 20. Juni. (Eine Köpenickiade) in neuer Auflage spielte sich im benachbarten Schaalas ab. Kommt da ein angeblicher Ingenieur Leuschner, spielt sich als Heereskriminalist auf, reizt einen auf Urlaub bei seinen Eltern weilenden Soldaten durch allerhand Redensarten zu einigen Aeußerungen — die ihm dann Anlaß boten, Kraft seines angeblichen Amtes und unter Hervorziehen eines Revolvers, dem Urlauber seine Verhaftung anzukündigen und diese unter Beihilfe eines Unteroffiziers auszuführen. Der herbeigerufene Vater des Urlaubers, statt den Ortsschulzen herbeizurufen, der zunächst die Beglaubigung des Heereskriminalisten hätte prüfen müssen, verlegte sich aufs Bitten, in Rücksicht auf seine krank darniederliegende Frau die Verhaftung zu unterlassen. Das half aber nichts, nur einen Kaffee nahm der Kriminalist zu später Stunde noch im Hause der unglücklichen Leute ein. Nachdem er noch eine Flasche Wein getrunken, legte sich der angebliche Heereskriminalist mit dem Unteroffizier K. zu Bett und die bedrängstigte Wirtin hofft noch auf Begahlung der Zeche!

Börsen- und Handelsteil

Börsenstimmungsbild

Berlin, 20. Juni. Die Stimmung der Börse kennzeichnete sich als sehr fest, wenn auch größere Geschäfte sich nur in einzelnen Werten entwickeln konnten. Vor allem waren wieder Hirsch-Kupfer zu steigenden Kursen lebhaft gefragt; ferner stiegen bei reger Kauflust Oberschlesische Eisenbahnbedarf, Oberschlesische Eisenindustrie, Laurahütte, Phönix, Deutsch-Luxemburger und im späteren Verlauf auch Bochumer. Auch Chemische Fabriken-Charlottenburg stellten sich namhaft höher. Auf dem Anlagemarkt zogen Japaner, russische Anleihen und Prioritäten im Kurse an.

Devisenkurse

Berlin, 20. Juni. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für:

	Geld	Brief
Holland	274¾	275¼
Dänemark	189¼	190
Schweden	198¾	199¼
Norwegen	198¾	199¼
Schweiz	131¼	131¾
Oesterreich-Ungarn	64,30	64,40
Bulgarien	80¼	81¼
Konstantinopel	20,60	20,70
für ein türkisches Pfund		
Spanien	125¼	126¼
für 100 Peseta		

Produktenbericht.

Berlin, 20. Juni. Viel Neues über den Produktenverkehr ist bei der andauernden Geschäftsstille nicht zu berichten. Für Heu neuer Ernte zeigte sich bereits zu Preisen, die für alte Ware bezahlt werden, Nachfrage. Auch von der Heeresverwaltung ist bereits mit dem Ankauf begonnen worden. Stroh und Häcksel blieben andauernd knapp. Am Saatenmarkt hat sich nichts geändert. Wetter: heiß.

Letzte Telegramme

Trauerfeier für Oberleutnant von Trotha im Großen Hauptquartier

Berlin, 20. Juni. Heute 5 Uhr nachmittags fand im Großen Hauptquartier eine Trauerfeier und daran anschließend die Ueberführung des am 19. Juni bei einem Fluge in der Nähe des Großen Hauptquartiers tödlich abgestürzten Oberleutnants von Trotha statt. An der Feier in der Kirche des Diakonissenhauses nahm S. M. der Kaiser mit Gefolge teil. Anwesend waren ferner Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der kommandierende General der Luftstreitkräfte, sowie eine große Anzahl von Offizieren des Großen Hauptquartiers. Nach vollzogener Einsegnung wurde der Sarg auf einer Lafette unter militärischen Ehren auf den Bahnhof überführt. Die Beisetzung des Verstorbenen findet in seiner Heimat auf dem väterlichen Gute Scopau bei Merseburg statt.

Zur Neubildung des österreichischen Kabinetts

Wien, 20. Juni. (Korr.-Bureau.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, geht das Bestreben des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz dahin, eine polnisch-deutsche Mehrheit zu bilden unter Aufnahme von Vertretern der Polen, Tschechen, Südslaven und Ruthenen als Landmannminister, um dem Kabinett einen dauernden Charakter zu sichern. Andererseits wird auch der Plan eines großen parlamentarischen Konzentrationskabinetts erörtert, in dem acht Ministerposten einschließlich des zu schaffenden Ministeriums für soziale Fürsorge unter den Parteien aufgeteilt würden und außerdem sechs Landsmann-Ministerstellen errichtet würden.

Der bulgarische Ministerpräsident beim österreichischen Kaiserpaare

Wien, 20. Juni. Kaiser Karl und Kaiserin Zita empfingen heute Mittag den bulgarischen Ministerpräsidenten in besonderer Audienz.

Verlobung im Hause Habsburg

Wien, 20. Juni. (Meldung des Wiener Korr.-Büros.) Mit Genehmigung des Kaisers hat sich Erzherzog Maximilian mit der zweiten Tochter des Prinzen Conrad zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Prinzessin Franziska, verlobt.

Zur Teilnahme Amerikas am Kriege

Petersburg, 20. Juni. (Petersburger Telegraphenagentur.) **Wie gemeldet wird, erklärte der Minister des Aeußern in einer Besprechung mit Vertretern der Presse u. a., was die wichtige Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege betreffe, so sei die nordamerikanische Republik keinerlei Verträge mit den Alliierten eingegangen. Die Besprechungen mit Senator Root und der amerikanischen Abordnung fanden in völliger Offenheit statt. Es sei nicht versucht worden, bezüglich einer Zusammenarbeit einen Druck auf Rußland auszuüben. Alle Gerüchte über ein Abkommen zu diesem Zweck, z. B. mit Japan, seien falsch. Ueber die Einberufung einer Konferenz der Alliierten sagte der Minister, diese sei noch nicht in Vorbereitung.**

Die belgische Mission in Amerika

Washington, 20. Juni. Gestern begleitete Lansing eine belgische Mission zum Weißen Hause, wo der Führer derselben, Moncheur, Wilson ein Handschreiben König Alberts überreichte und der Dankbarkeit Belgiens für die von den Vereinigten Staaten geleistete Hilfe zum Ausdruck brachte.

*

(Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 20. Juni 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Zwischen Yser und Lys nahm besonders am Abend der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten große Heftigkeit an.

Auch vom La Bassée-Kanal bis zur Scarpe war zeitweilig die Feuertätigkeit lebhaft.

Südwestlich von Lens griffen die Engländer auf dem Nordufer des Souchez-Baches an. Auf den Flügeln wurden sie abgewiesen, in der Mitte gelang ihnen ein Einbruch in unsere vorderen Gräben. Durch kräftigen Gegenstoß wurde verhindert, daß schnell nachgezogene englische Kräfte ihren Erfolg erweiterten.

Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin kam es zu Zusammenstößen unserer Posten mit englischen Streifabteilungen, die in unserem Feuer weichen mußten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Längs der Aisne nur stellenweise aufflebendes Geschützfeuer.

In der Westchampagne wurde durch kräftigen Gegenangriff eines märkischen Regiments der größte Teil des Geländes zurückgewonnen, das am 18. Juni südwestlich des Hochberges an die Franzosen verloren gegangen war.

An den übrigen Fronten hat sich bei der gewöhnlichen Grabenkampftätigkeit nichts besonderes ereignet.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil i. V.: G. Wagner; für Oertliches, Landwirtschaftliches, Gerichtssaal und Sport: H. Mieschner; für den übrigen Teil: Dr. Simon; für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191706212-10/fragment/page=0004